



**Herbert Otten**

6. November 2013

## **Geheimcode: Geldreduktion *Sondersteuer für Europa***

**Das Geldvermögen der Deutschen ist so hoch wie nie. Doch die Staatsschulden sind noch höher und steigen schneller. Da liegt die Idee nahe, beides gegeneinander aufzurechnen. Reduktion nennen es die Fachleute hinter den Kulissen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Bundesfinanzministeriums. Eine als „Schuldensteuer“ oder „Sondersteuer für Europa“ getarnte einmalige Zwangsabgabe ist aber glatte Enteignung der privaten Haushalte.**

### **Zehn Prozent einmalige Sondersteuer auf alle Sparguthaben**

Stellen Sie sich vor: Am Freitag wies Ihr Tagesgeldkonto bei der Bank noch ein Guthaben von 50.000 Euro aus, und am Montag sind nur noch 45.000 Euro drauf. 5.000 Euro wurden übers Wochenende als Sondersteuer abgebucht, mit freundlichen Grüßen von Finanzminister *Wolfgang Schäuble*. Die *Deutschen Wirtschafts Nachrichten (DWN)* berichten am 17. Oktober 2013 unter der Überschrift **Die große Enteignung: Zehn Prozent „Schulden-Steuer“ auf alle Spar-Guthaben** darüber, dass die große weltweite Enteignung bald konkret wird. Am 3. November legt die WELT AM SONNTAG nach: **Und sie wollen alle an unser Geld.** Doch Sparer und Anleger scheinen bisher nicht alarmiert zu sein. Ob sie immer noch glauben, dass ihre Bankeinlagen bis 100.000 Euro sicher sind? Vertrauen sie auf Bundeskanzlerin *Angela Merkel*, dass die Einlagen sicher sind? Oder bleibt das Thema Enteignung im Halbdunkel, bis Großinvestoren ihre Schäfchen klammheimlich und rechtzeitig ins Trockene gebracht haben?

### **Was planen die Architekten der Schuldensteuer genau?**

IWF-Präsidentin *Christine Lagarde* (frühere französische Finanzministerin und Lieblingskollegin von Finanzminister *Wolfgang Schäuble*) setzt sich für eine einmalige Schuldensteuer von 10 Prozent auf die Ersparnisse der Bürger in der Eurozone ein. Auf diese Weise können die Staatsschulden der Euro-Länder auf ein erträgliches Maß vom Stand 2007 reduziert werden. Die IWF-Kredite, Bankkredite an die Staaten und das Schuldensystem sind gerettet. Das „alternativlose“ Schulden-Business-Spiel kann fortgesetzt werden. Um den Anlegern Fluchtwege abzuschneiden, werden flächendeckende Kapital-Verkehrskontrollen eingeführt. Testläufe werden vorbereitet. Parallel dazu ist in Planung, das Bargeld weitgehend abzuschaffen und Barzahlungen wie z.B. in Italien zu beschränken. Dort dürfen offiziell nur noch Beträge bis zu 50 Euro in bar beglichen werden.

Der *Internationale Währungsfonds (IWF)* ist zusammen mit der *Weltbank* und der in Basel ansässigen *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)* für die Weltfinanzordnung zuständig und damit sehr einflussreich. Im aktuellen „Fiscal Monitor“ des IWF ist auf Seite 49 nachzulesen, wie die Bürger überrumpelt werden sollen: „Die deutliche Verschlechterung der öffentlichen Finanzen in vielen Ländern hat das Interesse an einer Zwangsabgabe auf Vermögen geweckt. Dies ist eine einmalige Abgabe als eine außergewöhnliche Maßnahme, um die Nachhaltigkeit der Schulden wiederherzustellen. **Der Charme einer solchen Maßnahme besteht darin, dass eine solche Steuer erhoben werden kann, bevor es zu einer Steuerflucht kommt.** Dazu muss der Glaube hergestellt werden, dass diese Maßnahme einmalig ist und niemals wiederholt wird. Die Steuer würde die Bürger nicht verstören. **Einige würden sie sogar als fair empfinden.**“ **Alternative laut IWF ist die Geldentwertung (Inflation). Mit viel frischem Geld können die Staatsschulden „weggedrückt“ werden.** Beispiel: Bei gleich bleibender Wirtschaftskraft, aber doppelter Geldmenge, wird der Geldwert halbiert.

### **Die wahren Absichten von Finanzminister Wolfgang Schäuble**

Wolfgang Schäuble hat es immer gut verstanden, seine wahren Absichten hinter Floskeln zu verbergen. „Täuschen –Tarnen –Tricksen“ gehört nun einmal zum Instrumentarium in der Politik. So könnten Staatsentschuldungen nach dem Muster des „Soli“ bei der deutschen Wiedervereinigung vorgenommen werden, als

#### ***Zukunfts-Soli für Europa***

schön geredet. Spargbücher, Bankeinlagen, Anleihen, Lebensversicherungen, Aktien, Beteiligungen und Immobilien bieten sich dafür an. Also alles, was als Vermögenswert im (ausgesetzten) Vermögensteuergesetz definiert ist. Die Planspiele in Berlin laufen, auch generell: für höhere Kapitalsteuern und Abgaben.

### **Sparer und Anleger träumen und verdrängen**

Der Eindruck, dass Europa, die USA und Japan die Finanzkrise überstanden haben, täuscht gewaltig. Wachstum wird in erheblichem Umfang aus neuen Staatsschulden und billigem Notenbankgeld künstlich geschaffen. So übertreffen die US-Staatsschulden inzwischen die unvorstellbare Summe von 17.000 Milliarden Dollar. Und die Staatsschulden in den Euro-Ländern sind auf 9.000 Milliarden Euro angeschwollen. Dazu kommt, dass die Banken in der Euro-Zone auf nahezu 1.000 Milliarden faulen Krediten sitzen, die zum Teil wertlos sind. Doch mit frischem Geld und neuen Schulden wird die Lage nicht besser. Damit das Kartenhaus nicht sofort zusammenbricht, kaufen die Notenbanken weltweit kräftig Staatsanleihen auf. Mit der zunehmenden Abhängigkeit der Wirtschaft von der Geldpresse der Notenbanken sind die USA, Europa und Japan längst zu globalen Risikofaktoren geworden. Großinvestor *Warren Buffett* spricht von einer „nuklearen Bombe“.

Die *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)* in Basel hält die aktuelle Lage auf den Finanzmärkten für noch schlechter als vor der Lehman-Insolvenz in 2008. Indessen druckt die US-Notenbank *Federal Reserve Board (Fed)* weiter unbegrenzt Geld. Die Zentralbanken verlieren aber so die Kontrolle über die Schulden-Flut und lassen der Geldentwertung freien Lauf. Gerät die Inflation außer Kontrolle, hilft nur noch eine weltweite Währungsreform. Die Vorbereitungen laufen.

Die Bundesbürger hingegen glauben, dass die Eurokrise überstanden ist. Und bisher sind sie scheinbar glimpflich davon gekommen. Ihr Geldvermögen hat soeben die Marke von 5.000 Milliarden Euro überschritten. Aber der Wohlstand ist nur ein schöner Schein, weil die Staatsschulden nie zurückgezahlt werden können und irgendwann der Offenbarungseid zu leisten ist. Verständlich, dass die Begierden der Staaten wachsen, das private Vermögen anzuzapfen. Auslöser könnte eine mehr oder minder gewollte neue Krise sein, die Notstandsmaßnahmen „legitimiert“. Wenn es hart auf hart kommt, ist vor dem Staat nichts sicher, darüber sollten sich die Bürger im Klaren sein. Und ihr Einfluss ist gering: Steuerzahler, Sparer und Anleger haben keine Lobby in Berlin und Brüssel.